

STELLUNGNAHME

zum Beschlussentwurf hinsichtlich Vorgaben zur
Durchführung einer sachgerechten (horizontalen)
Kostenwälzung zwischen Fernleitungsnetzbetreibern
sowie einer sachgerechten Aufteilung der Kosten
auf Ein- und Ausspeiseseite

Berlin, 15. April 2016

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.430 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 245.000 Beschäftigten wurden 2013 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 9,1 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 52 Prozent in der Strom-, 62 Prozent in der Erdgas-, 82 Prozent in der Trinkwasser-, 67 Prozent in der Wärmeversorgung und 32 Prozent in der Abwasserentsorgung. Sie entsorgen zudem jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht. Aktuell engagieren sich rund 140 kommunale Unternehmen im Breitbandausbau. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro - damit können dann rund 6,3 Millionen Kunden die Breitbandinfrastruktur kommunaler Unternehmen nutzen.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

Die Bundesnetzagentur hat am 9. März 2016 die Konsultation des Beschlussentwurfs hinsichtlich Vorgaben zur Durchführung einer sachgerechten (horizontalen) Kostenwälzung zwischen Fernleitungsnetzbetreibern sowie einer sachgerechten Aufteilung der Kosten auf Ein- und Ausspeiseseite (HoKoWä) eröffnet und um Stellungnahmen bis zum 15. April 2016 gebeten.

Der nun vorliegende Beschlussentwurf sieht – nach diversen vorgeschlagenen und in der Branche diskutierten methodischen Ansätzen – ein einfacheres und nachvollziehbares Verfahren vor. Jeder FNB verteilt seine Kosten im Verhältnis der gebuchten und bestellten Kapazitäten auf die Ein- und Ausspeisekapazitäten. Auf der Ausspeiseseite bildet dann jeder FNB auf der Basis dieses Entry-Exit-Splits die Entgelte. Die Kosten- und Kapazitätsbuchungen auf der Einspeiseseite werden über alle FNB im Marktgebiet aggregiert und ein einheitliches Entgelt für alle Einspeisepunkte ermittelt. Diese Aufgabe soll entweder der MGV, einer der FNB oder ein beauftragter Dritter durchführen.

Der VKU begrüßt die Gelegenheit, sich mit den folgenden Hinweisen in das Verfahren einzubringen:

Prognoseunsicherheiten

Die Kapazitätsbuchungen sollen gemäß Beschlussentwurf von den FNB prognostiziert werden. Zu diesem Zeitpunkt (1. September eines Jahres) ist die Entgelthöhe für das betreffende Jahr jedoch unklar. Eine verlässliche Prognose ist aufgrund der Interdependenzen u.a. von Buchungsverhalten und Entgelthöhe fraglich. Nachjustierungen der FNB sollten aus Sicht des VKU jedoch nicht zugelassen werden, um Unsicherheiten bei der Entgelthöhe der nachgelagerten VNB zu vermeiden.

Auswirkungen auf „gefangene Kunden“

Bei den FNB kann sich infolge der Vorgaben des Beschlussentwurfs der Entry-Exit-Split verändern und zu Veränderungen der Netzentgelte sowohl auf der Entry- als auch auf der Exit-Seite gegenüber dem Status Quo führen. Während die veränderten Entry-Entgelte intern für den gemeinsamen „Wälzungstopf“ relevant sind, werden die veränderten Exit-Entgelte sofort extern für die „gefangenen Kunden“ wirksam. Falls sich die Entry-Entgelte eines bisher unter dem neuen Durchschnitt liegenden FNB erhöhen, können in den Folgejahren die Kapazitätsbuchungen an seinen Entry-Punkten zurückgehen. Dies löst wiederum Veränderungen des Entry-Exit-Splits in den Folgejahren aus und kann womöglich auch die Exit-Seite stärker belasten. Dieser sich selbst verstärkende Effekt widerspricht der Intention der BNetzA, die „gefangenen Kunden“ zu schützen.¹

¹ „Die Beschlusskammer will sicherstellen, dass gefangene Kunden auf der Ausspeiseseite nicht schlechter gestellt werden als Kunden auf der Einspeiseseite, die zwischen mehreren Netzen zur Einspeisung in das Marktgebiet wählen können.“ (Beschlussentwurf S. 15)

Regulierungskonto

Mögliche Mehr- oder Mindererlöse der Entry- und Exit-Seite fließen nach derzeitiger Systematik ins Regulierungskonto - ohne Differenzierung. Die Herkunft (aus Entry- oder Exit-Seite) sollte aus Sicht des VKU jedoch besonders berücksichtigt werden. Andernfalls könnten z. B. Mindererlöse der Entry-Seite in den darauffolgenden Jahren fälschlicherweise anteilig auch auf die Exit-Seite allokiert werden.

Koordinator der Kostenwälzung

Gemäß Zif. 3, lit. a) des Beschlussentwurfs nimmt der MGV oder ein mit der Koordination der Kostenwälzung beauftragter Dritter die Meldungen der FNB entgegen und nimmt die Berechnungen vor. Es sollte aus Sicht des VKU geprüft werden, ob die BNetzA diese Aufgabe ausführen kann.

Umsetzungszeitpunkt

Nachzeitigem Kenntnisstand sollen der network code on rules regarding harmonised transmission tariff structures for gas (NC TAR), wie auch die Festlegung HoKoWö zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Änderungen am Zeitplan des NC TAR sind jedoch zu beachten und ggf. ein späteres Inkrafttreten auch der HoKoWö sollte dann erfolgen.

Wichtig ist, die Festlegung zur HoKoWä keinesfalls zu finalisieren, bevor der NC TAR im Komitologieverfahren beschlossen ist. Nur so ist sichergestellt, dass es keinen kurzfristigen Änderungsbedarf der Festlegung aus dem NC TAR geben kann. Dies gibt allen Beteiligten höhere Planungs- und Rechtssicherheit.